



European
Forum *for*
Urban
Security

Manifest

Sicherheit, Demokratie
und Städte: Zur Ko-Produktion
von Politiken der urbanen
Sicherheit

◀◀ *Verabschiedet 2017 anlässlich der in
Zusammenarbeit mit der Stadt Barcelona
und der Regierung Kataloniens organisierten
internationalen Konferenz des Europäischen
Forums für urbane Sicherheit.* ▶▶







Manifest

*Sicherheit, Demokratie und Städte:
Zur Ko-Produktion von Politiken
der urbanen Sicherheit*

Verabschiedet im Rahmen der internationalen Konferenz
*Sicherheit, Demokratie und Städte:
Zur Ko-Produktion von Politiken der urbanen Sicherheit,*
15., 16. und 17. November 2017

Inhaltsverzeichnis

Editorial	S. 9
Einleitung	S. 10
Regionale und lokale Behörden stärken	S. 12
Sicherheit als Schlüsselfaktor der Nachhaltigkeit	S. 12
Die unerlässliche Allianz zwischen Sicherheit und Menschenrechten	S. 13
Resiliente Städte, resiliente Bürger	S. 14
Für freie, sichere und gerechte Städte und Regionen	S. 15
Thematische Empfehlungen	S. 17
Die Beziehung zwischen Bürgern und Institutionen	S. 18
Diskriminierende Gewalt	S. 20
Diversifikation der Akteure der urbanen Sicherheit.....	S. 22
Gestaltung und Verwaltung öffentlicher Räume	S. 24
Evidenzbasierte Programme und Evaluierung.....	S. 26
Prävention von Radikalisierung und gewaltbereitem Extremismus	S. 28
Prävention von Gewalt gegen Frauen	S. 30
Grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei Bevölkerungsschutz und Risikomanagement.....	S. 32
Städte und organisiertes Verbrechen.....	S. 34
Technologie im Dienst der Prävention	S. 36
Umgang der Städte mit Drogen und Sucht.....	S. 38
Verantwortungsbewusstes Nachtleben.....	S. 40
Bezugstexte	S. 42



Editorial

➤ Europa durchlebt eine beispiellose Vertrauenskrise. Die Europäer haben Schwierigkeiten, sich mit den europäischen und nationalen Institutionen zu identifizieren, da sie diese als fern und von ihren Alltagsorgen entrückt empfinden. Parallel dazu wächst das Bedürfnis nach direkteren Formen demokratischer Mitbestimmung. Dieses Verlangen der Bürger nach mehr Gehör und Einfluss auf ihr direktes Lebensumfeld schlägt sich auch in einem Zuwachs an Vertrauen in lokale und regionale Behörden nieder.

Vor diesem Hintergrund wählte Efus die Ko-Produktion von Politiken der urbanen Sicherheit als transversales Thema seiner sechsten internationalen Konferenz in Barcelona aus - in Folge der Konferenzen von Montreal, Paris, Neapel, Saragossa, Aubervilliers und Saint-Denis. Am 15., 16. und 17. November 2017 trafen hier rund 800 Personen zusammen, darunter Vertreter von 140 Städten, aus 40 Ländern und von fünf Kontinenten.

Die Konferenz, bei der auch das 30-jährige Bestehen von Efus gefeiert wurde, endete mit der Annahme des nachstehend veröffentlichten Manifests. Es stellt konkrete Empfehlungen vor, die in den thematischen Workshops der Konferenz erarbeitet wurden, und gibt die Schlussfolgerungen und Prinzipien wieder, die die Konferenzteilnehmenden sowie die Efus-Mitglieder vertreten.

Dieses Manifest stellt den Sockel der Prinzipien und Werte dar, auf denen das Europäische Forum für urbane Sicherheit gründet. Es ist dazu ausgelegt, lokalen Behörden bei der Konzeption und Förderung ihrer Sicherheitspolitik als Unterstützung und Inspiration zu dienen. Des Weiteren soll es Lokalpolitikern bei den nationalen, europäischen und internationalen Institutionen Gehör verschaffen.

Es dient außerdem als Mittel zur Förderung des Austauschs mit den Bürgern ganz Europas, die so zur Partizipation an der Sicherheitspolitik ermutigt werden sollen. Wir laden lokale Behörden aus ganz Europa dazu ein, als Ausdruck ihres Engagements für gerechtere und sicherere Städte und Regionen diesem Manifest beizustimmen, indem sie die hier vertretenen Prinzipien in ihre lokale Politik aufnehmen.

.....
Willy Demeyer, Efus-Präsident

EINLEITUNG

Die Städte und Regionen Europas können zu Recht stolz auf die Lebensqualität und Sicherheit sein, die sie zu bieten haben. Im Rahmen des europäischen Projekts erfreuen sie sich der längsten Friedenszeit, die der Kontinent seit der Antike erlebt hat, und platzieren sich außerdem regelmäßig unter den sichersten der Welt. In unserem Alltag verlieren wir manchmal aus dem Blick, dass die europäischen Städte ihren Bürgern Räume der Sicherheit, der Freiheit und des Wohlbefindens bieten, die weltweit einzigartig sind, auch wenn sie unglücklicherweise ungleich verteilt sind. In einer Zeit, in der politische Strömungen an Raum gewinnen, die die Einigkeit der europäischen Länder untergraben, unsere Gesellschaften spalten und Bevölkerungsgruppen gegeneinander aufbringen wollen, erkennen wir, die Mitgliedsstädte und -regionen des Europäischen Forums für urbane Sicherheit (Efus) die Vorteile an, die die europäische Integration unseren Mitbürgern gebracht hat.

Jedoch sind wir uns der schwerwiegenden Herausforderungen bewusst, die sich den europäischen Kommunen stellen, insbesondere der Polarisierung in all ihren Erscheinungsformen, die ein erhebliches Risiko für unsere Gesellschaften darstellt. Andere dringende Probleme, die damit zusammenhängen, sind die soziale und wirtschaftliche Ungleichheit, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt schwächen; Radikalisierung, die zu gewalttätigem Extremismus führt; Migrationsströme, die grundlegende Anpassungen unserer Integrationspolitik, aber auch unserer Wohnungs- und Bildungspolitik erforderlich machen. Wie andere Herausforderungen auch treten diese Phänomene zwar lokal zutage, sind jedoch von transnationaler Natur und erfordern globale Antworten. Unsere Perspektive ist lokal, doch unser Blick richtet sich auch auf die europäische Ebene und geht noch darüber hinaus. Wir machen uns für internationale Solidarität zwischen den Städten der EU, aber auch mit anderen Regionen der Welt stark, insbesondere mit solchen, die in Europas Nachbarschaft liegen. Wir teilen einen gemeinsamen Bezugsrahmen, den wir im stetigen Austausch durch bestehende, formelle und informelle Netzwerke weiterentwickeln. So bilden wir eine Gemeinschaft des Handelns und des Denkens.

Sicherheit ist ein Gemeinschaftsgut und ein grundlegender Bestandteil unserer Demokratie. Angesichts der aktuellen Herausforderungen ist dieses Credo heute ebenso notwendig und aktuell wie bei der Gründung von Efus vor dreißig Jahren, im Jahre 1987. Ebenso gilt weiterhin, dass Prävention eine effiziente Antwort auf Kriminalität ist. Seit unserem letzten Manifest, angenommen 2012 in Aubervilliers und Saint-Denis, und angesichts der vielen Facetten der Sicherheit und der immer wichtigeren Rolle von Akteuren wie privaten Sicherheitsgesellschaften und Nichtregierungsorganisationen oder anderer zivilgesellschaftlicher Einrichtungen, hat die Ko-Produktion der urbanen Sicherheit auf der Grundlage der an Aktualität und Relevanz gewonnen.

Die Städte müssen eine ganzheitliche Herangehensweise unterstützen, was eine Anpassung der Institutionen wie z.B. der Strafverfolgungsbehörden und umfassende Weiterbildungen der Akteure erforderlich macht, um zu gewährleisten, dass die urbane Sicherheit gemeinsam gestaltet werden kann. Dies verlangt insbesondere eine Anpassung der Arbeitsmethoden, um das Teilen und den Austausch von Informationen zu ermöglichen und Transparenz und Verantwortungsbewusstsein zu stärken. Eine solche Herangehensweise muss außerdem Priorität auf Vermittlung und Mediation legen, nicht auf Konfrontation oder übertriebene Verrechtlichung.

Die Koproduktion von Sicherheit muss auf Bürgerbeteiligung beruhen. Wir müssen die Bürger in alle Etappen der Konzeption, der Umsetzung und der Bewertung der Sicherheitspolitik einbeziehen und vermeiden, dass sich ihre Beteiligung auf die Aufsicht und Kontrolle von Programmen beschränkt. Dies bedeutet, dass wir Beteiligungsformen Priorität einräumen müssen, die auf Prinzipien der Solidarität beruhen, und uns vergewissern, dass solche Mechanismen des gemeinsamen Gestaltens die Zivilgesellschaft in ihrer gesamten Vielfalt mit einbeziehen. Dies erfordert ein Zusammenrücken und Einbeziehen aller Altersklassen, insbesondere junger Menschen, die vielmehr als Akteure der Prävention denn als Zielgruppe der Sicherheitspolitik angesehen werden müssen, sowie eine Stärkung der Beziehungen zwischen den Generationen. Doch auch die Bevölkerung muss Verantwortung übernehmen und ihren Teil zum Beibehalt der Sicherheit beitragen, indem sie entsprechende Verhaltensweisen an den Tag legen.

Regionale und lokale Behörden stärken

Obwohl sie das Vertrauen der Bürger genießen und auf Grund ihres kompetenten und erfolgreichen Umgangs mit Gefahren und Krisen immer stärker durch internationale politische Entscheidungsträger anerkannt werden, verfügen lokale und regionale Behörden heute nicht über ausreichenden Rückhalt, um ihrer Rolle in vollem Umfang gerecht zu werden. Diese Rolle muss in offiziellen Texten, Finanzierungsmechanismen und durch institutionelle Steuerung anerkannt werden.

Überall in Europa entwickeln sich lokale administrative und politische Strukturen hin zu größeren Einheiten wie Ballungszentren, Metropolregionen, usw. Vor diesem Hintergrund und angesichts der Vielfalt der Städte Europas müssen wir unsere Prozesse der Regierung und politischen Steuerung so anpassen, dass sie Repräsentativität, Transparenz und demokratische Legitimität gewährleisten.

Sicherheit als Schlüsselfaktor der Nachhaltigkeit

Efus vertritt bereits seit langem die Vorstellung, dass Sicherheit ein grundlegendes Menschenrecht ist, aber auch unerlässliches Mittel zur Gewährleistung eines Minimums städtischer Lebensqualität für die nachfolgenden Generationen. Somit muss Sicherheit nicht nur als grundlegendes Menschenrecht, sondern auch als Grundvoraussetzung der nachhaltigen Entwicklung angesehen werden.

2016 nahmen die Vereinten Nationen 17 Ziele der nachhaltigen Entwicklung (Sustainable Development Goals) an, die erstmals explizit verschiedene Aspekte der urbanen Sicherheit umfassen. Es hat lange gebraucht, bis diese Idee in der internationalen politischen Debatte ankam, und Efus hat seinen Beitrag dazu geleistet. Es ist nun Aufgabe jeder Regierungsebene, diese Zielsetzungen im

Rahmen ihrer Sicherheitspolitik umzusetzen. Das Prisma der Nachhaltigkeit kann uns dabei helfen, ein Gleichgewicht zwischen der Unmittelbarkeit von Risiken und dem Bedürfnis nach langfristige gesellschaftlichem Engagement zu finden. Prävention ist hier die rationale Wahl, insbesondere dann, wenn sie sich als Mittel der Weiterentwicklung sozialer städtischer Räume und menschlicher Ressourcen versteht.

Die unerlässliche Allianz zwischen Sicherheit und Menschenrechten

Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union ist ein Rahmen, der gewährleistet, dass wir den Schutz und Respekt grundlegender Werte und Prinzipien auch unter sich rasant verändernden Kontextbedingungen aufrechterhalten können. Die Politik muss schnell auf komplexe und facettenreiche territoriale Probleme reagieren. Dabei stützt sie sich auf grundlegende Dokumente, die die Zeit überdauern und eine Roadmap darstellen. Die Achtung der Grundrechte muss als übergeordnetes Ziel und grundlegendes Prinzip alle sicherheitspolitischen Maßnahmen leiten, unabhängig davon, gegen welche Formen der Gewalt oder Kriminalität sich diese im Einzelnen richten. Unsere Antworten müssen stets in der Achtung nicht nur des Rechtsstaats, sondern auch der universellen Menschenrechte verankert sein. In anderen Worten: die Universalität der Menschenrechte muss Vorrang vor allen vorübergehenden politischen Umständen haben, denn in Europa beruht Sicherheit auf der Achtung und Verteidigung der Menschenrechte, des Rechtsstaats, der demokratischen Legitimität und des Prinzips des Wohlfahrtsstaats.

Soziale und wirtschaftliche Ungleichheit nähren ein Gefühl der Verdrossenheit und Verbitterung, das zu Gewalt und Kriminalität führen kann. Es ist daher von elementarer Wichtigkeit, dass die Kommunen eine Politik beibehalten und verstärken, die auf die Verringerung der Ungleichheit und die Förderung der sozialen Inklusion abzielt.

Eine der Erscheinungsformen dieser Verbitterung, die zuletzt viel Beunruhigung ausgelöst hat, ist der gewaltbereite Extremismus, der viele Formen annehmen und bei den Behörden ein Gefühl der Machtlosigkeit hervorrufen kann. Wir sind der festen Überzeugung, dass lokale und regionale Behörden sich Ihre Antwort auf dieses Phänomen nicht von der Angst diktieren lassen dürfen. Auch wenn gewaltbereiter Extremismus für politische Entscheidungsträger ein Thema von besonderer Dringlichkeit sein kann, so muss doch unterstrichen werden, dass er nicht die größte Sorge der Bürger darstellt: für sie ist die allgemeine Lebensqualität, die alltägliche Sicherheit und das Sicherheitsgefühl in ihrer Stadt oder Nachbarschaft wichtiger.

Wir erkennen an, dass reale Integration aufgrund der Vielfalt und Fluidität der Bevölkerung der Städte eine Herausforderung darstellt (insbesondere bei Migranten, Touristen und Menschen, die die Stadt tags wie nachts nutzen) und ein gewisser Mangel an Kohärenz zwischen lokaler, nationaler und europäischer Politik besteht.

Unsere Erfahrung zeigt zweifelsfrei, dass sich Menschen sicherer fühlen, je mehr sie sozial integriert und in ihrer Gemeinschaft engagiert sind. Somit steigt die Sicherheit einer Stadt mit ihrer Inklusivität.

Resiliente Städte, resiliente Bürger

Die in den etwa zehn vergangenen Jahren gegen europäische Städte verübten Terroranschläge haben gezeigt, wie resilient die Bürger und die Städte sind. Die Bürger haben diese Herausforderung angenommen, indem sie weiter in ihrer Stadt leben und an eben jenen Vorzügen und Potenzialen unserer Städte festhalten, die gewalttätige Extremisten zerstören wollen, wie die kulturelle Vielfalt und die Gedankenfreiheit. Dies gibt uns große Hoffnung, dass wir gemeinsam eine Antwort auf dieses Phänomen finden können, ihm mit präventiven Strategien entgegenzutreten können, wie wir es im Falle anderer Risiken auch tun. Aus diesem Grund rufen die lokalen und regionalen Behörden dazu auf, der lähmenden Logik der Angst einen ganzheitlichen und optimistischen An-

satz der urbanen Sicherheit entgegenzustellen. Angesichts der sozialen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Herausforderungen, die sich den Städten und den europäischen Institutionen stellen, setzen sich manche politischen Strömungen nicht nur für die Schließung der Grenzen, sondern auch gegen die Offenheit unserer Geisteshaltung ein. Indem wir den Fatalismus eines Klimas der Angst ablehnen, übernehmen wir Verantwortung dafür, Bereiche zu identifizieren und anzugehen, in denen Handlungsspielraum und Entwicklungspotential vorliegen.

Für freie, sichere und gerechte Städte und Regionen

In einer Zeit, in der manche Bürger den nationalen oder supranationalen Regierungsinstanzen misstrauen, während sie starkes Vertrauen in lokale Behörden zum Ausdruck bringen, müssen die europäischen Städte und Regionen eine wichtige Rolle bei der Ausarbeitung und Umsetzung einer Sicherheitspolitik spielen, die auf dem Gleichgewicht von Prävention, Sanktion und sozialem Zusammenhalt beruht. Aus diesem Grund bieten wir den lokalen und regionalen Behörden Europas Empfehlungen an, die auf die Gewährleistung der sozialen Inklusion in allen Aspekten und Bereichen der lokalen Sicherheitspolitik abzielen. Außerdem rufen wir die europäischen Institutionen dazu auf, diese Orientierungshilfen anzunehmen und zu ihrer Umsetzung in ganz Europa beizutragen, um die Rolle der Städte und Regionen Europas bei diesen Anstrengungen zu stärken.

Wir, die lokalen und regionalen Behörden Europas, verfügen über die Fähigkeiten, die Kenntnisse und die Instrumente, um die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten. Da wir als Lokalregierungen von Natur aus nah am Bürger sind, ist uns bewusst, dass Integration der Schlüssel zur Sicherheit ist. Wir intensivieren daher unser Engagement dafür, unsere Städte noch gerechter, fairer und sicherer zu machen.



.....
.....
Thematische
Empfehlungen



Die Beziehung zwischen Bürgern und Institutionen

Ausgangslage:

- Die Beziehung zwischen der Bevölkerung und den Institutionen, insbesondere den Strafverfolgungsbehörden, hat einen unmittelbaren Einfluss auf die Lebensqualität in einer Stadt und demnach auch auf die reale oder gefühlte Sicherheit;
- Das Misstrauen gegenüber öffentlichen Institutionen steigt in unseren Ländern an, auch wenn die kommunale Ebene weiterhin die bei der Bevölkerung beliebteste Stufe bleibt¹;
- Die Teilhabe der Bürger am öffentlichen Leben ist eine Quelle nachhaltiger Demokratie und des Zusammenhalts, die insbesondere in wirtschaftlichen und sozialen Krisenzeiten notwendig ist; sie bleibt jedoch bisher unterentwickelt und beschränkt sich oft auf Konsultation anstelle von Ko-Produktion;
- Die Kommunen können eine wichtige Vermittler- und Unterstützerrolle zwischen den Institutionen und Bürgern spielen, insbesondere im Rahmen des Dialogs zwischen der Polizei und der Bevölkerung;
- Die Institutionen müssen die Rechte der Bürger gewährleisten und deren Vertrauen gewinnen, um so ihre Legitimität zu stärken;
- Mediation kann dabei helfen, die Kommunikation zu stärken, Verbindungen zu schaffen oder zu reparieren, Gewalt vorzubeugen und Konflikte auf kooperative Weise zu bearbeiten und zu lösen.

Vor diesem Hintergrund empfehlen wir, die lokalen Behörden Europas:

- dass das Handeln der Institutionen auf Bürgernähe beruhen und die Einstellung und Schulung von Mitarbeitern diesem Ziel untergeordnet wird, dies bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Herausforderungen im Bereich der Beziehungen mit der Bevölkerung, der Zusammenarbeit mit lokalen Partnern, dem Umgang mit Gewalt, der Kommunikation und der Mediationstechniken;
- bei der Personalgewinnung und der betrieblichen Organisation der Institutionen die Repräsentativität der verschiedenen Geschlechter und ethnischen Herkunft der Bevölkerung zu fördern, ohne dazu unbedingt ein Quotensystem einzuführen;
- bei der Organisation der Institutionen und der Erbringung öffentlicher Dienste die Erwartungen und Bedürfnisse der Bürger prioritär zu behandeln, egal ob es sich um Alltagsprobleme oder Notfälle und Problemstellungen im Zusammenhang mit schwerer Kriminalität handelt;

1- Siehe insbesondere die Berichte der European Social Survey: www.europeansocialsurvey.org

- Transparenz und Rechenschaft bei der Information der Bürger durch die Institutionen zu gewährleisten und dem Bürger einen geregelten und transparenten Beschwerdeweg zu eröffnen;
- dass die Zufriedenheit der Bürger mit den Institutionen einen hohen Stellenwert bei der Bewertung letzterer einnimmt und Methoden zum Messen dieser Zufriedenheit entwickelt werden;
- dass die Institutionen sich dazu verpflichten, Gleichbehandlung zum Grundprinzip ihres Kontaktes mit der Bevölkerung und ihrer Aktivitäten zur Konfliktvermittlung zu machen;
- dass die Darstellung der Sicherheitskräfte in den Medien nicht sensationalistisch sein sollte, sondern bessere Kenntnisse über die Vielfalt ihrer Aufgaben vermittelt, insbesondere beim täglichen Kontakt mit der Bevölkerung;
- das Ansehen der bürgernahen Arbeit unter Fachleuten, insbesondere Polizeibeamten, zu verbessern, und das Engagement für Maßnahmen zu fördern, die auf eine Annäherung zwischen Institutionen und Bevölkerung abzielen;
- technologische Mittel zur Förderung der Bürgernähe und Zugänglichkeit öffentlicher Stellen einzusetzen.

Für die kommenden Jahre setzen wir uns folgende Ziele:

- Fördern der Schaffung von Gremien oder Räten, die repräsentativ für die gesamte Bevölkerung stehen, einschließlich der am weitesten von den Institutionen entfernten Gruppen, um die Bürger an der Konzeption, Umsetzung und Bewertung der öffentlichen Politik zu beteiligen und direkt aus der Bevölkerung hervorgehende Beteiligungsformen zu berücksichtigen (Petitionen, Demonstrationen etc.);
- Begünstigung von Beteiligungsformen, die auf Solidaritätsprinzipien beruhen, anstatt solcher, die sich auf Überwachung beschränken – Bürger sollten nicht an die Stelle der Sicherheitskräfte treten;
- Stärkung der Vermittlerrolle der lokalen Behörden zwischen den Sicherheitsinstitutionen und der Bevölkerung durch Förderung der Bürgerbeteiligung und Verbreiterung des Wissens über die präventiven Maßnahmen der Ordnungskräfte;
- Verbesserung der politischen Bildung in Sachen Sicherheit durch Diversifizierung der pädagogischen Werkzeuge, um diese an alle Zielgruppen anzupassen (öffentlich zugängliche Seminar- und Fortbildungsangebote, Online-Ressourcen, neue Technologien etc.);
- Entwicklung quantitativer und qualitativer Indikatoren und Methoden zur Begleitung der Entwicklung der Beziehung zwischen Bevölkerung und Institutionen, insbesondere in Partnerschaft mit den Ordnungskräften;
- Unterstützen und Ermöglichen der Umsetzung von lokalen Mediationsangeboten in Zusammenarbeit mit öffentlichen und privaten Einrichtungen, die in unsere lokale Sicherheitspolitik integriert werden müssen.



Diskriminierende Gewalt

Ausgangslage:

- Der Begriff der diskriminierenden² Gewalt bezeichnet „Gewalthandlungen, die das Opfer, ein Zeuge / eine Zeugin oder eine andere beteiligte Person als durch Vorurteil, Intoleranz, Voreingenommenheit oder Hass motiviert wahrnimmt, unabhängig davon, ob diese durch eine geltende Strafrechtsnorm erfasst werden oder nicht“. Dies umfasst Phänomene von Gewalt aufgrund von Rassismus, Islamophobie, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, LGBT-Phobie, Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen, aus Altersgründen, Antiziganismus, Gewalt gegenüber Obdachlosen, Flüchtlingen, Asylbewerbern oder Sexarbeitern, oder andere betroffene Gruppen;
- Diskriminierende Gewalt unterscheidet sich von anderen Gewaltphänomenen: sie hat nicht nur verheerende Auswirkungen auf die Gesundheit und das Wohlbefinden der unmittelbaren Opfer, sondern sendet zugleich auch eine bedrohliche Botschaft an eine ganze soziale Gruppe oder Gemeinschaft. Darüber hinaus können auch scheinbar isolierte Taten potentiell zu einer Eskalation und großflächigeren Konflikten führen und stellen somit eine reale Bedrohung für den sozialen Zusammenhalt dar;
- Die jüngsten Entwicklungen auf europäischer Ebene – z.B. Sozialabbau, der Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit und der Migration, der Aufstieg extremistischer Bewegungen oder der Vertrauensverlust in die öffentlichen Institutionen – haben zu einer erhöhten Polarisierung unserer Gesellschaften geführt;
- Obwohl die Anzahl der offiziell registrierten Hassverbrechen und diskriminierenden Gewalttaten bereits hoch ist, werden immer noch viele Taten nicht angezeigt und die auf europäischer Ebene umgesetzten Präventions- und Bekämpfungsstrategien sind weiterhin nicht ausreichend;
- Diskriminierende Gewalt wird in der urbanen Sicherheitspolitik nur unzureichend berücksichtigt. Integriert werden müssten hier die verheerenden Auswirkungen der Diskriminierung, Ausgrenzung und Intoleranz auf das friedliche Zusammenleben in den Regionen, sowie deren Verbindung untereinander und wie sie Polarisierung, Radikalisierung und gewalttätigen Extremismus nähren.

Vor diesem Hintergrund empfehlen wir, die lokalen Behörden Europas:

- eine vollständige Integration von Strategien zur Bekämpfung von Hass und Intoleranz in die Agenda der urbanen Sicherheitspolitik. Der Begriff der diskriminierenden Gewalt ist von zentraler Bedeutung, da sie die Verbindung zwischen Diskriminierung und Sicherheit, Grundrechten und sozialem Zusammenhalt herstellt;

2- Dieses Konzept wurde durch Efus in der Publikation „Prävention von diskriminierender Gewalt auf lokaler Ebene: Praxisbeispiele und Empfehlungen“ 2017 entwickelt.

- dass lokale und regionale Behörden eine aktivere Rolle bei der Bekämpfung von Diskriminierung spielen, die sich auf die durch europäische und nationale Regierungen gesetzten rechtlichen und politischen Rahmen stützen. Durch ihre Bürgernähe können sie einen Beitrag dazu leisten, die Produktion von Wissen zu fördern, zu sensibilisieren, lokale Betroffenengruppen zu empowern, die Prävention zu verbessern, Opfer zu unterstützen, betroffene Interessengruppen miteinander in Kontakt bringen und die erforderlichen Ressourcen zuzuteilen;
- Vielfalt als einen Vorteil bei der Erstellung von lokalen Strategien zur urbanen Sicherheit anzusehen. Vulnerable Gruppen werden an der Ko-Produktion dieser Strategien bisher nicht ausreichend beteiligt. Die Förderung und Entwicklung öffentlicher Räume, die von vielfältigen Bevölkerungsgruppen genutzt werden und die die Sicherheit aller gewährleisten, ermutigt sie zur Teilnahme und stärkt den sozialen Zusammenhalt;
- in den Schulen und den Organisationen zur staatsbürgerlichen Erziehung frühzeitige und/oder primäre Präventionsmaßnahmen gegen Vorurteile zu fördern.

Für die kommenden Jahre setzen wir uns folgende Ziele:

- Verbesserung unserer Kenntnisse über diskriminierende Gewalt auf lokaler Ebene auf Grundlage zielgerichteter Methoden und der Durchführung von thematischen Sicherheits- und Bedarfsanalysen;
- Sensibilisierung von Fachleuten, Lokalpolitikern und Bürgern für das Phänomen und seine Auswirkungen;
- Entwickeln einer proaktiven Strategie zur Förderung des Vertrauens zwischen vulnerablen Gruppen und den Ordnungskräften, Erleichtern des Meldens von Taten und des Erstattens von Strafanzeigen;
- Anerkennung der zentralen Rolle der Lokalpolitiker bei der Bekämpfung von diskriminierender Gewalt und ein verstärktes öffentliches Eintreten gegen alle Formen des Hasses und der Intoleranz;
- Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft zur Entwicklung und Verbesserung der lokalen Opferhilfeangebote;
- Förderung der Vielfalt in den lokalen und regionalen Verwaltungen, Sensibilisierung und Schulung der Beamten und Amtsträger, um diskriminierende Handlungen besser erkennen und auf solche reagieren zu können;
- Intensivierung der Zusammenarbeit und des Austauschs mit den Strafverfolgungsbehörden, um diesen eine bessere Identifizierung von Fällen diskriminierender Gewalt sowie eine bessere Betreuung der Opfer zu ermöglichen, und zu gewährleisten, dass sie die Menschenrechte und das Diskriminierungsverbot achten und fördern.



Diversifikation der Akteure der urbanen Sicherheit

Ausgangslage:

- Die Nachfrage und das Angebot an privaten Sicherheitsmaßnahmen steigen an, insbesondere im Zusammenhang mit der terroristischen Bedrohung, die den Einbezug von Dritten in Sicherheitsfragen unter anderem erforderlich macht, um öffentliche Plätze und Ereignisse zu sichern; De facto übersteigt in manchen Ländern Europas die Anzahl privater Sicherheitskräfte diejenige der Mitarbeitenden öffentlicher Sicherheitseinrichtungen;
- Über die öffentlichen Sicherheitskräfte hinaus tragen auch weitere Akteure zur Umsetzung der Sicherheitspolitiken bei: Vereine, Verbände und andere zivilgesellschaftliche Einrichtungen, ehrenamtlich engagierte Bürger, der gewerbliche Sektor und private Sicherheitsfirmen sind Akteure, die aktiv zur Sicherheit beitragen. Diese Akteure haben unterschiedliche Kulturen, Funktionsweisen und Zielsetzungen;
- Auf europäischer Ebene besteht keine gemeinsame Sicherheitskultur im Privatsektor, da es an Harmonisierung der nationalen Gesetzgebungen mangelt;
- „Smart Cities“ werden auf Lösungen externer Unternehmen und Industriebetriebe angewiesen sein, um neue Technologien und Dienstleistungen zur Erbringung öffentlicher Aufgabe im Sicherheitsbereich nutzbar zu machen. Kommunen haben jedoch noch nicht immer ausreichendes Wissen über diese neuen Entwicklungen, um solche Partnerschaften gezielt und informiert eingehen zu können.

Vor diesem Hintergrund empfehlen wir, die lokalen Behörden Europas:

- gemeinsame Kriterien, Prinzipien und Methoden zu entwickeln, um die Fortbildung aller Sicherheitsakteure zu gewährleisten;
- die vielfältigen Sicherheitsakteure in eine Sicherheitsstrategie für das Gemeinwohl einzubeziehen;
- die Befugnisse und Rollen aller Akteure zu klären um für mehr Transparenz und Effizienz zu sorgen, klare Regeln für Partnerschaften aufstellen zu können, und so das gegenseitige Vertrauen zu stärken;
- die Gesetzgebung betreffs der Beteiligung privater Akteure an der Erbringung öffentlicher Sicherheitsdienstleistungen auf europäischer Ebene zu harmonisieren und auf Kriterien zu gründen, die gemeinsam durch die Akteure festgelegt werden;
- Bürgerschaftliche und zivilgesellschaftliche Initiativen im Bereich der Sicherheit besser zu berücksichtigen und Prinzipien wie Peer-to-Peer, Mentoring und Ehrenamt weiterzuentwickeln und ihnen einen passenden Rahmen zu geben.

..... **Für die kommenden fünf Jahre setzen wir uns folgende Ziele:**

- Stärkung der Ko-Produktion der Sicherheit auf lokaler Ebene durch Förderung und Wertschätzung der Rollen und Zuständigkeiten der verschiedenen Akteure;
- Einsetzen einer Arbeitsgruppe zur Zusammenarbeit zwischen öffentlichem und privatem Sektor bei gemeinsamen Themenbereichen und Herausforderungen, wie z.B. „Smart Cities“, unter Beteiligung der Wissenschaft;
- Unterstützung der Einrichtung neuer Strukturen, z.B. Kontaktgruppen, die Partnerschaften zwischen öffentlicher Hand und Privatsektor unterstützen und begleiten können.



Gestaltung und Verwaltung öffentlicher Räume

Ausgangslage:

- Der öffentliche Raum leistet einen wesentlichen Beitrag zur Lebensqualität und zum Funktionieren unserer Städte, da er der Ort des Zusammenlebens schlechthin ist;
- Ein gut konzipierter öffentlicher Raum wird den verschiedenen Bedürfnissen der alltäglichen und punktuellen Nutzer gerecht;
- Viele Studien und Experimente zeigen, dass die Gestaltung, Verwaltung und Animation öffentlicher Räume Einfluss auf die Sicherheit und das Unsicherheitsgefühl haben³;
- Die Anwesenheit von Menschen sowie angemessener, menschenfreundlicher Fortbewegungsmittel auf den Straßen unserer Städte, sind zentrale Bestandteile der Sicherheit im öffentlichen Raum;
- Die Sicherheit im öffentlichen Raum hängt von einer Vielzahl von öffentlichen und privaten Akteuren ab, die über sehr unterschiedliche berufliche Kulturen verfügen;
- Es gibt immer mehr nationale, europäische und internationale Empfehlungen und Direktiven, die eine verstärkte Berücksichtigung von Sicherheitsbelangen bei der Gestaltung öffentlicher Räume befürworten. Obwohl diese Überlegungen von großer Bedeutung sind, schlagen sie sich noch nicht ausreichen in der lokalen Praxis nieder. Daher sind Maßnahmen der Fortbildung und des Erfahrungsaustauschs in diesem Bereich zu besonders zu fördern;
- Nicht immer sind groß angelegte Gestaltungsprojekte unerlässlich: Schon kleinere Eingriffe mit geringem Budget, die auf einer partizipativen Methodik beruhen und die Qualität des öffentlichen Raums in den Vordergrund stellen, können die öffentliche Sicherheit erheblich verbessern.

Vor diesem Hintergrund empfehlen wir, die lokalen Behörden Europas:

- die Vielfalt an Nutzungsweisen und Bedürfnissen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, einschließlich Minderheiten und den am stärksten unter Viktimisierung leidenden Personengruppen, bereits bei der Konzeption öffentlicher Räume sowie bei deren Verwaltung zu berücksichtigen, dies gestützt auf objektive und subjektive Daten;
- mehr Methoden und Handlungsweisen zu entwickeln und zu nutzen, die allen Bevölkerungsgruppen im Sinne der Ko-Produktion Zugang zur Konzeption, Verwaltung und Animation öffentlicher Räume gewähren;

³ - Siehe insbesondere die Ergebnisse des Projekts COST Action TU1203 zur Verbrechensprävention durch Stadtkonzeption, -planung und -management.

- die multidisziplinäre wissenschaftliche Forschung (Soziologie, Kriminologie, Urbanistik, Psychologie etc.) zur Sicherheit im öffentlichen Raum weiterzuentwickeln;
- Maßnahmen zur Sicherung öffentlicher Räume mit Qualitäts- und Integrationszielen in Einklang zu bringen, da diese sonst negative Auswirkungen auf den sozialen Zusammenhalt und das Sicherheitsgefühl haben können;
- die Entwicklung einer gemeinsamen Kultur der Sicherheit im öffentlichen Raum durch verstärkte Fortbildung und partizipative Projekte;
- bei der Entwicklung von Maßnahmen im Themenbereich „Smart Cities“, die die Sicherheit im öffentlichen Raum verbessern können, besonderes Augenmerk auf das Gleichgewicht zwischen menschlicher Anwesenheit, Technologie und Achtung der Grundfreiheiten zu legen;
- die langfristige Weiterentwicklung der Nutzung des öffentlichen Raums ebenso mitzudenken wie die Vielschichtigkeit der Nutzungsformen zu verschiedenen Tages- und Nachtzeiten;
- Kunst und Kultur stärker zu nutzen, um die Beteiligung der Einwohner und die Qualität der öffentlichen Räume zu fördern.

Für die kommenden Jahre setzen wir uns folgende Ziele:

- Fördern der Beteiligung der lokalen Bevölkerung bei der Gestaltung und Verwaltung öffentlicher Räume durch Zuhilfenahme von vielfältigen Methoden und Werkzeugen. Besonders wichtige Erkenntnisse können Studien zum Unsicherheitsgefühl der Bevölkerung bringen, die die marginalisierte und von Viktimisierung betroffene Gruppen einbeziehen;
- Weiterführen unserer Überlegungen über den Beitrag von „Smart Cities“ und neuen Technologien zur Sicherung öffentlicher Räume, in Partnerschaft mit der Forschung und industriellen Akteuren, die Lösungen anbieten;
- Entwicklung von Fortbildungen und Möglichkeiten des Austauschs zwischen Akteuren im Bereich der Gestaltung und Verwaltung des öffentlichen Raums sowie der Sicherheit, um gegenseitiges Vertrauen und die Zusammenarbeit zu fördern;
- Entwicklung von Sicherheits- und Bedarfsanalysen auf lokaler Ebene, die mehrere Akteure mit einbeziehen, um allgemeine und maßgeschneiderte Antworten auf Probleme im öffentlichen Raum zu bieten;
- Systematische Einführung von bürgernahen Maßnahmen des Stadtmanagements zur Koordinierung aller öffentlichen und privaten Akteure, die im öffentlichen Raum tätig sind.



Evidenzbasierte Programme und Evaluierung

Ausgangslage:

- Eine relevante und effiziente urbane Sicherheitspolitik muss auf aussagekräftigen Daten beruhen und permanent überprüft und bewertet werden. Die kriminologische Forschung zeigt, dass evidenzbasierte und regelmäßig evaluierte Präventionsstrategien Kriminalität und Viktimisierung verringern;
- Die Auswahl von Bewertungskriterien und -parametern der Evaluierung bedingt teilweise deren Schlussfolgerungen, wobei ein Risiko der politischen Aneignung von Evaluationsergebnissen zur Rechtfertigung durchgeführter Investitionen besteht;
- Die wissenschaftlichen Anforderungen an Evaluationsstudien entsprechen nicht immer den Bedürfnissen und der Realität der lokalen Akteure;
- Die UN-Nachhaltigkeitsziele erkennen an, dass Präventionspolitik auf lokalen Sicherheits- und Bedarfsanalysen sowie deren Auswertung beruhen muss.

Vor diesem Hintergrund empfehlen wir, die lokalen Behörden Europas:

- Unsere Methoden und Techniken zur Evaluation von Präventionsprogrammen neu zu denken. Sie müssen inklusiver und partizipativer gestaltet werden und alle Gruppen der Gesellschaft mit einbeziehen;
- dass lokale und regionale Behörden stärker mit Forschungsinstitutionen zusammenarbeiten. Um eine gemeinsame Kultur Evidenzbasierung und Evaluierung zu fördern, müssen Zivilgesellschaft und Privatsektor ebenso wie nationale, europäische und internationale Institutionen in die Bemühungen einbezogen werden;
- dass politische Entscheidungsträger ihre Sicherheitsstrategie und den Stellenwert der Prävention regelmäßig bewerten, um eine relevante und ausgeglichene kurz-, mittel- und langfristige Zuteilung von finanziellen und personellen Mitteln zu gewährleisten.

..... **Für die kommenden Jahre setzen wir uns folgende Ziele:**

- Anwendung der in den letzten 30 Jahren durch lokale Sicherheits- und Bedarfsanalysen sowie die Evaluierung bestehender Präventionsprogramme gesammelten Kenntnisse;
- Sensibilisierung und Schulung der lokalen und regionalen politischen Entscheidungsträger für erprobte und positiv evaluierte dieser Methoden und Werkzeuge, um sie bei der Festlegung ihrer Strategien zur Kriminalitätsprävention zu unterstützen;
- Förderung einer kollaborativen und inklusiven Kultur der Evidenzbasierung und Evaluation auf lokaler und regionaler Ebene durch die Förderung von Bürgerbeteiligung, insbesondere marginalisierter Gruppen, und eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft für erhöhte Repräsentativität;
- Stärken der Zusammenarbeit und des Peer-to-Peer Ansatzes zwischen Städten zur Entwicklung von Werkzeugen und Methoden, die alle lokalen Behörden in Europa nutzen können;
- Überarbeiten und Anpassen unserer Sicherheitsstrategien in Abhängigkeit von ihren Zielsetzungen, dem Fortschritt der wissenschaftlichen Forschung und den durchgeführten Evaluierungen;
- Verstärktes Einsetzen evidenzbasierter Methoden und wissenschaftlicher Evaluierungen, um bessere Kenntnisse über unterrepräsentierte und marginalisierte Viktimisierungsformen, einschließlich Gewalt gegen Frauen und diskriminierende Gewalt, zu gewinnen und effizientere Strategien zur Prävention dieser Phänomene entwickeln zu können.



Prävention von Radikalisierung und gewaltbereitem Extremismus

Ausgangslage:

- Auch wenn Radikalisierung ein Phänomen von internationaler Reichweite ist, hat es konkrete lokale Komponenten und Auswirkungen;
- Durch ihre Bürgernähe, ihr Wissen um die lokalen Herausforderungen und ihre Kompetenz im Bereich der öffentlichen Politik der Kriminalitätsprävention und des sozialen Zusammenhalts sind lokale und regionale Behörden strategisch gut positioniert, um Maßnahmen umzusetzen und alle betroffenen lokalen Akteure zu mobilisieren;
- Radikalisierung und gewaltbereiter Extremismus müssen durch einen starken präventiven Ansatz bekämpft werden, der bestehende Repressionsmaßnahmen ergänzt;
- Gewaltbereite Radikalisierung muss in all ihren Formen bekämpft werden, denn was auch immer deren Beweggründe sind, bedrohen sie die Sicherheit und den sozialen Zusammenhalt und können sich außerdem gegenseitig verstärken.

Vor diesem Hintergrund empfehlen wir, die lokalen Behörden Europas:

- die Prävention von Radikalisierung und gewaltbereitem Extremismus in eine umfassende lokale Sicherheitsstrategie aufzunehmen, da bestimmte Risikofaktoren denen ähnlich sind, die auch andere Formen von Kriminalität begünstigen;
- ausgeglichene lokale Präventionsstrategien, die auf lokalen Sicherheits- und Bedarfsanalysen beruhen, die spezifisch für die Phänomene der Polarisierung und der gewaltbereiten Radikalisierung konzipiert wurden (Profile der gemeldeten Personen, Aufstellung und Analyse des Ausmaßes der Gefährdungs- und Beständigkeitsfaktoren in der Kommune, Inventur der relevanten Ressourcen, etc.). Diese Diagnose muss sich soweit möglich auf aussagekräftige Daten stützen, die in Zusammenarbeit mit lokalen Partnern erfasst und analysiert wurden;
- dass lokale und regionale Behörden alle Phasen des Prozesses berücksichtigen: primäre Prävention (allgemeine Bevölkerung), sekundäre Prävention (Personen, die die Risikofaktoren aufweisen, die im Radikalisierungsprozess identifiziert wurden) und tertiäre Prävention (radikalisierte Personen), unter Achtung der Zuständigkeiten in den jeweiligen Ländern;
- die systematische Einbindung der Kommunen in die Erstellung von nationalen Politiken und deren Umsetzung, insbesondere durch bessere Information über das Ausmaß des Radikalisierungssphänomens und die Betreuung von radikalisierten Personen;

- dass die politischen Reaktionen, insbesondere nach gewalttätigen extremistischen Handlungen, auf Fakten und Analysen beruhen und nicht emotionsgesteuert sind;
- eine verbesserte Koordination der vielen europäischen Initiativen zur Prävention von Radikalisierung und gewaltbareitem Extremismus, um Kohärenz zu schaffen und Mittel zusammenzulegen.

Für die kommenden Jahre setzen wir uns folgende Ziele:

- Integration unserer Politiken in einen Ansatz, der die persönlichen Grundfreiheiten achtet, um Stigmatisierungen vorzubeugen, die gewalttätigen Extremismus fördern oder legitimieren können;
- Wir wollen uns politisch auf europäischer Ebene einsetzen und lokale Initiativen unterstützen, um auf lokaler und kommunaler Ebene umgesetzten Maßnahmen zur Radikalisierungsprävention mehr Legitimität und Aufmerksamkeit zu verschaffen;
- Stärkung der Kooperation zwischen lokalen Behörden in Europa im Rahmen präventiver sowie repressiver Strategien, sowie Weiterentwicklung internationaler Kooperationen insbesondere mit den Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas;
- Weitere Mobilisierung der Zivilgesellschaft durch Anerkennung ihrer Schlüsselrolle bei der Stärkung der Resilienz, der Entwicklung alternativer Narrative und der Förderung bürgerschaftlichen Engagements gegen Radikalisierung und gewaltbereiten Extremismus;
- Weiterführen der Fortbildungen für Lokalpolitiker und Fachleute, um die politische Mobilisierung und die Aufnahme dieser Problematik in lokale Sicherheitspolitiken zu stärken;
- Evaluierung der umgesetzten Präventionsprogramme, um den Einfluss der lokalen Maßnahmen in diesem Bereich zu messen.



Prävention von Gewalt gegen Frauen

Ausgangslage:

- Auch wenn die geschlechtsspezifische Perspektive alle Aspekte der urbanen Sicherheitspolitik durchdringen muss, bleibt Gewalt gegen Frauen und Mädchen ein Phänomenbereich, der besondere Aufmerksamkeit verdient;
- Überall in der Welt werden Frauen nach wie vor Opfer von Femizid, aber auch von physischer, emotionaler, struktureller, sexueller, kultureller, verbaler und wirtschaftlicher Gewalt. Diese Gewalt ist eine besonders problematische Manifestation der Ungleichheit zwischen Mann und Frau;
- Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist ein verbreitetes Phänomen in den Gesellschaften Europas. Sie betrifft den öffentlichen, beruflichen und privaten Raum – auch wenn sich die konkreten Kriminalitätsphänomene, die in diesen Sphären auftreten, voneinander unterscheiden, bilden sie doch ein Kontinuum sexistischer Gewalt;
- Gewalt und Missbrauch gegen Frauen und Mädchen wird weiterhin zu selten zur Anzeige gebracht, sodass offizielle Kriminalstatistiken die reale Prävalenz solcher Taten nicht widerspiegeln;
- In den letzten Jahren entstand eine intensive öffentliche Debatte über Gewalt gegen Frauen, insbesondere in Form von sexueller Belästigung oder Nötigung durch Männer in Machtpositionen, die vor allem durch zivilgesellschaftliche Kampagnen in den sozialen Netzwerken geführt wird;
- Die Prävention von Gewalt gegen Frauen ist weiterhin nicht immer ein prioritäres Thema lokaler Sicherheitsstrategien und oftmals sind die für gezielte Präventionsmaßnahmen bereitgestellten Mittel nicht angemessen.

Vor diesem Hintergrund empfehlen wir, die lokalen Behörden Europas:

- dass Kommunen sich in vollem Umfang in die Strategien zur Bekämpfung geschlechtsbezogener Gewalt einbringen. Ihre zentrale Rolle bei der Prävention und Opferbetreuung muss von den Nationalregierungen und den europäischen und internationalen Institutionen anerkannt und nachdrücklich unterstützt werden;
- dass die Politik alle Bereiche berücksichtigt, in denen Gewalt gegen Frauen und Mädchen stattfindet: öffentliche und private Räume, Schulen, Arbeitswelt und Freizeit, öffentliche Verkehrsmittel sowie Cyberspace;

- Wissen und Kenntnisstand zu Gewalt gegen Frauen und Mädchen zu verbessern, um den Mangel an offiziellen Kriminalstatistiken auf Grund der geringen Anzeigebereitschaft auszugleichen. Dies muss konkret durch spezifische Sicherheitsanalysen und die Veröffentlichung von Statistiken und detaillierten Berichten zu diesem Thema geschehen, die das reale Ausmaß des Phänomens besser sichtbar machen;
- zur Prävention und Bekämpfung dieses Phänomens Mittel in geeigneter Höhe bereitzustellen;
- dass die lokalen und regionalen Behörden Präventionspolitiken ausarbeiten, die Frauen die Möglichkeit geben, ihre Rechte auszuüben und zu verteidigen, sowie Opfern den Zugang zu Unterstützungsangeboten ermöglichen und garantieren;
- alle Formen von Gewalt gegen Frauen und Mädchen überall gesetzlich zu ächten und einen stärker standardisierten rechtlichen Rahmen in Europa festzulegen.

Für die kommenden Jahre setzen wir uns folgende Ziele:

- Intensivierung unserer Anstrengungen, um als Koordinations- und Kontaktstelle von Präventionsnetzwerken zu dienen, in denen viele Interessengruppen vertreten sind, darunter die Ordnungskräfte, Schulen, Sportvereine und Jugendhäuser, zivilgesellschaftliche Organisationen, Vertreter des Privatsektors und Personen, die für Frauenrechte und Gleichberechtigung kämpfen;
- Erhöhen der Diversität der Profile und insbesondere der Geschlechter und Geschlechtsidentitäten in den Teams, die Maßnahmen zur Kriminalprävention und der Prävention von Gewalt gegen Frauen und Mädchen durchführen;
- Frauen und Frauengruppen zu empowern, damit sie Akteurinnen des Wandels sein können – ihr Beitrag zur urbanen Sicherheit muss besser anerkannt, ihre Beteiligung an der Ko-Produktion ganzheitlicher Strategien der Kriminalprävention besser gefördert werden;
- Problematisierung und Abbau von Geschlechtervorurteilen und Stereotypen ab der frühesten Kindheit, in Zusammenarbeit mit allen Akteuren, die zur Kindererziehung beitragen;
- Entwickeln neuer Methoden der Sensibilisierung von Jungen und Männern für Gewalt gegen Frauen und Mädchen sowie Förderung ihrer kritischen Reflexion über Männer- und Frauenrollen sowie ihres Engagements für Präventionskampagnen.



Grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei Bevölkerungsschutz und Risikomanagement

Ausgangslage:

- Lokale und regionale Behörden sind einer Zunahme klimatischer, industrieller und sozialer Risiken ausgesetzt, wie der Radikalisierung und dem gewalttätigen Extremismus, aber auch im Zusammenhang mit der Ausrichtung von großen Politik- und Sportereignissen sowie Volksfesten;
- Urbaner Bevölkerungsschutz und Risikomanagement unterscheiden sich vom alltäglichen Sicherheitsmanagement. Indes muss die Prävention auf lokaler Ebene erfolgen, insbesondere durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit, da die Auswirkungen solcher Risiken nationale Grenzen überschreiten.

Vor diesem Hintergrund empfehlen wir, die lokalen Behörden:

- dass die lokalen und regionalen Behörden Europas konzertierte Antworten liefern, die administrative Grenzen überschreiten;
- Lokalpolitiker in vollem Umfang als Akteure der zivilen Sicherheit anzuerkennen, insbesondere in Sachen Krisenmanagement;
- dass auf der Grundlage der Bereiche der Vorhersage (Diagnose von Risikofeldern), der Prävention (Vorbereitung der Bürger und öffentlichen Einrichtungen auf Krisensituationen) und des Krisenmanagements (in Absprache mit allen Ebenen der Staatsgewalt von lokal bis europäisch) eine ganzheitliche Herangehensweise entwickelt wird. Dieser ganzheitliche Ansatz macht Städte und Kommunen resilienter und muss in enger Zusammenarbeit mit der nationalen und internationalen Ebene entwickelt werden;
- dass die europäischen Städte ihren Austausch und ihre Zusammenarbeit in Sachen Bevölkerungsschutz und Risikomanagement verstärken, Übungen ausweiten, und die Staaten und die EU einen wesentlichen Beitrag zu grenzüberschreitenden Projekten leisten.

..... **Für die kommenden Jahre setzen wir uns folgende Ziele:**

- Durchführung einer Bestandsaufnahme sowohl der Erfahrungswerte bei der Bewältigung von Fragestellungen der zivilen Sicherheit durch Kommunen, als auch der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im gesamten europäischen Raum im Bereich des Risikomanagements. Diese Aufstellung der Erfahrungen wird auch die durch die EU unterstützten Initiativen auflisten;
- Fördern einer partnerschaftlichen Kultur zwischen öffentlichen Stellen (lokale, regionale, nationale Behörden) und den Notdiensten (Feuerwehr, Zivilschutz, Rotes Kreuz, Polizei) sowie der Zivilgesellschaft, privaten Partnern wie z.B. Transportdienstleistern, mittelständischen Betrieben, dem Handel und den Einwohnern;
- Information und Fortbildung der lokalen Behörden, damit diese Akteure in Sachen Bevölkerungsschutz und Risikomanagement werden;
- Stärkung der Rolle des Bürgers als relevanter Akteur durch seine Beteiligung und Einbindung in Maßnahmen der Prävention und des Risikomanagements (kommunale Bürgerreserven, Vereinigungen der Zivilgesellschaft).

Städte und organisiertes Verbrechen

Ausgangslage:

- Das organisierte Verbrechen ist in den lokalen wirtschaftlichen und sozialen Strukturen verwurzelt und manifestiert sich sowohl auf internationaler, wie auch lokaler Ebene in Gebieten, die sich bislang als vor dieser Gefährdung geschützt sahen;
- Die Unterstützernetzwerke des organisierten Verbrechens, insbesondere beim Drogen- und Menschenhandel, erweisen sich als äußerst agil und anpassungsfähig;
- Die Infiltration öffentlicher Einrichtungen durch illegale Tätigkeiten und der Aufbau illegaler Geschäfte schaden der lokalen Wirtschaft und der Gesellschaft;
- Die lokalen Behörden sind verpflichtet, ihre Bürger vor dem organisierten Verbrechen und seinen Auswirkungen zu schützen. Es geht dabei nicht nur um den Schutz der Bürger, sondern auch der administrativen, wirtschaftlichen und demokratischen Prozesse auf lokaler Ebene zu.

Vor diesem Hintergrund empfehlen wir, die lokalen Behörden Europas:

- dass die lokalen Behörden, die Bürger, die Zivilgesellschaft und der private Sektor in die Prävention und Bekämpfung des organisierten Verbrechens einbezogen werden;
- lokale Behörden dazu zu ermutigen, soziale, wirtschaftliche und repressive Maßnahmen zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens zu kombinieren. Sie müssen sich zusätzlich zum Strafrecht aller Maßnahmen bedienen, über die sie verfügen, indem sie administrative und regulatorische Werkzeuge nutzen, aber auch Mittel der Prävention und der Erziehung zur Legalität;
- dass die europäischen Institutionen lokale Behörden in ihre Strategien zur Prävention und Bekämpfung des organisierten Verbrechens einbeziehen und einen administrativen Ansatz fördern;
- die von den Netzwerken des organisierten Verbrechens konfiszierten Güter dem Gemeinwohl zuzuführen. Hierbei handelt es sich um einen wesentlichen Beitrag zur Wiederherstellung des Vertrauens und des Gerechtigkeitssinns in Städten mit hoher Korruptionsrate. Die soziale Nutzung konfiszierter Gegenstände kann sehr positive Auswirkungen auf die lokale Gemeinschaft haben;
- die Anordnungen des europäischen Rechts zur Konfiszierung der Güter von Kriminellen und Investition dieser Aktiva in die Gemeinschaft zu erweitern.

..... **Für die kommenden Jahre setzen wir uns folgende Ziele:**

- Förderung und Unterstützung eines multidisziplinären Ansatzes, der eine Interventionsstrategie in Zusammenarbeit mit verschiedenen Institutionen umfasst, um das organisierte Verbrechen zu bekämpfen und ihm vorzubeugen, sowie ein effizientes und leistungsfähiges Management der konfiszierten Güter;
- Ausschöpfung der administrativen Maßnahmen zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens, um Kriminelle daran zu hindern, durch Nutzung offizieller Rechtsformen am Wirtschaftsleben teilzunehmen und ihre illegalen Aktivitäten auf lokalen Märkten zu entwickeln;
- Positionierung als Garant einer Kultur der Legalität und Einbindung der Bürger in die Bekämpfung des organisierten Verbrechens durch eine Debatte über Normen und Respekt.



Technologie im Dienst der Prävention

Ausgangslage:

- Informations- und Kommunikationstechnologien sind Teil unseres Alltags. Ihre immer weiter verbreitete Verwendung wird das Stadtmanagement verändern und effizienter machen. Städte haben das Potential, durch das Nutzen neuer Technologien „intelligent“ zu werden, die die Lebensqualität, die Nachhaltigkeit und die Nutzung der verfügbaren Ressourcen zu verbessern;
- Neue Technologien ermöglichen das Erheben neuer Arten von Daten und die Entwicklung von Werkzeugen, die zur innovativen Analyse und Prävention von Kriminalität genutzt werden können. Sie bieten weitere Mittel zum Verständnis der komplexen Probleme, denen die lokalen, mit der Sicherheit betrauten Akteure gegenüberstehen. Sie müssen situationsabhängig, zusätzlich zu den bestehenden Ressourcen und abhängig von ihrem Nutzen und ihrer Effizienz mobilisiert werden;
- Das intensivere Produzieren und Teilen von Daten hat Auswirkungen auf die Grundrechte und -freiheiten des Einzelnen. Die ethischen und rechtlichen Herausforderungen, wie z.B. der Umgang mit persönlichen Daten oder algorithmischen Verzerrungen, haben einen Einfluss auf Entscheidungen und die Zukunft der urbanen Sicherheit;
- Die Zugänglichkeit und Effizienz neuer Technologien wie z.B. Plattformen in sozialen Netzwerken ziehen neue Risiken nach sich und verstärken bestehende Bedrohungen wie Belästigung oder Hassrede, sowohl im Cyberspace, als auch in der Realität.

Vor diesem Hintergrund empfehlen wir, die lokalen Behörden Europas:

- dass die Nutzung der Technologien nicht zu einem Ignorieren der komplexen Ursachen führen darf, die der Unsicherheit zugrunde liegen, oder dazu, dass Kriminalitätsprävention auf technisches Risikomanagement reduziert wird. Sorgfältige lokale Sicherheits- und Bedarfsanalysen bleiben eine Notwendigkeit, um auf Grundlage der Ergebnisse die Relevanz technologiebasierte Antworten zu definieren, sowie geeignete Lösungen besser auswählen und anpassen zu können;
- die Akteure der Sicherheitspolitik besser im Umgang mit neuen Technologien und deren Auswirkungen zu schulen. Sie müssen in der Lage sein, ihre Arbeitsmethoden an neue Bedürfnisse und Herausforderungen anzupassen, die sich ihnen stellen;
- dass Europa einen klaren und transparenten rechtlichen Rahmen für die Nutzung der sozialen Netzwerke und die Speicherung der erfassten Daten festlegt, um zu gewährleisten, dass die Nutzung reguliert und verantwortungsbewusst abläuft;

- die Möglichkeiten zu ergründen, die neue Technologien bieten, um die Kommunikation mit den Bürgern zu stärken, ihre Beteiligung und Einbindung zu fördern und dabei auch Gruppen die Teilnahme zu ermöglichen, die weniger mit diesen Technologien vertraut sind;
- dass die Akteure der Sicherheit im digitalen Raum anwesend und sichtbar sind, der mittlerweile viele Verbindungspunkte mit und Auswirkungen auf die physische Realität hat.

Für die kommenden Jahre setzen wir uns folgende Ziele:

- Fördern von Resilienz, um sicherzustellen, dass die Städte bereit sein werden, die Möglichkeiten und Herausforderungen der neuen Technologien zu ergreifen und anzunehmen;
- Bereitstellen von Werkzeugen und Kenntnissen, die mit Aufgaben im Bereich Sicherheit und Prävention betraute Mitarbeiter der Kommunen benötigen, um effizient auf unangemessene Verwendungen der Technologien reagieren zu können;
- Diese Akteure müssen auch die Möglichkeit haben, diese Technologien zu nutzen, insbesondere die sozialen Netzwerke, die ein Werkzeug zur Unterstützung und Verstärkung ihrer Präventionsmaßnahmen sind. Zum Beispiel können sie als neuer Kommunikationskanal zwischen Behörden und Bürgern dienen, um traditionell schwer erreichbare Gruppen anzusprechen (wie etwa Jugendliche oder Minderheiten), oder als neue Informationsquelle zum Verständnis der Unsicherheitsdynamik der Stadt;
- Erstellen und Umsetzen von Protokollen für Sicherheitsakteure, die eine verantwortungsbewusste, ausgewogene und gerechtfertigte Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien zu Präventions- und Sicherheitszwecken fördern, bei der die Achtung der Persönlichkeitsrechte und persönlichen Freiheiten gewährleistet ist;
- Verbesserung des Kenntnisstandes in den Städten bezüglich des Datenschutzes bei der Nutzung sozialer Netzwerke in Fragen der urbanen Sicherheit. Dies muss auf Grundlage der Prinzipien und Anforderungen der Datenschutzrichtlinie der Europäischen Union erfolgen;
- Sensibilisierung, Information und Erziehung der Bürger für Chancen und Bedrohungen der neuen Technologien zur Förderung der digitalen Sicherheit in der Stadt. Besonderes Augenmerk muss dabei auf älteren Menschen liegen, die weniger mit dem Umgang mit solchen Technologien vertraut und stärker dem Risiko ausgesetzt sind, Opfer von Internetkriminalität zu werden;
- Integration von Aspekten der Sicherheit und der Achtung des Privatlebens bei der Konzipierung von Maßnahmen im Themenfeld „Smart Cities“;
- Bessere Bewertung der Verwendung von Überwachungstechnologien und Ausbau des Kenntnisstandes in diesem Bereich.



Umgang der Städte mit Drogen und Sucht

Ausgangslage:

- Angesichts des erhöhten Konsums illegaler und legaler Substanzen, die insbesondere für junge Menschen Risiken bergen, sehen sich die lokalen Behörden einem Aufschwung des Drogenmarkts gegenüber und müssen sich neuen Herausforderungen sowohl in Sachen Repression und Bekämpfung des Drogenhandels, als auch im Bereich der Risikominimierung (harm reduction) stellen;
- Die geltenden Gesetze ermöglichen es nicht, den Konsum zu begrenzen und öffentliche Räume sicherer zu machen. Die Existenz des Drogenmarkts und dessen Sichtbarkeit haben Auswirkungen auf die Gesundheit, aber auch auf die Sicherheit und die Kultur der Legalität;
- Die Risikominimierung muss über das Zielpublikum der Konsumenten hinausgehen, indem die allgemeine Bevölkerung und betroffene öffentliche und digitale Räume ebenfalls mit einbezogen werden, deren verschiedene Nutzungsarten ebenfalls berücksichtigt werden müssen.

Vor diesem Hintergrund empfehlen wir, die lokalen Behörden Europas:

- dass jede öffentliche Drogenpräventionspolitik auf den europäischen Leitlinien und Prinzipien beruhen muss, die im EU-Drogenaktionsplan (2017-2020) beschrieben werden⁴;
- eine Verstärkung der Kooperation auf lokaler Ebene sowohl mit den Institutionen, als auch mit der Zivilbevölkerung, insbesondere mit Konsumentenvereinigungen und spezialisierten Zusammenschlüssen, um die Umsetzung von Programmen zur Risikominimierung zu verbessern und dem Zugang zu letzteren zu erleichtern;
- Programme zur Risikominimierung für Drogenkonsumenten allgemein und langfristig umzusetzen;
- dass auf europäischer Ebene mit Einbeziehung der Kommunen eine Debatte über neue Gesetzgebungen und Regelungen im Zusammenhang mit dem Konsum von Cannabis stattfindet. Die Auswirkungen der verschiedenen Optionen (Belegung mit einem Bußgeld, Entkriminalisierung, Legalisierung, Regulierung des Drogenkonsums und -verkaufs) auf den Handel und die Lebensqualität in den Städten müssen untersucht werden, ebenso wie die Möglichkeit, Steuereinnahmen aus der Legalisierung zur Prävention einzusetzen, um die Folgen der leichteren Verfügbarkeit mancher Drogen zu verringern;

4- EU-Drogenaktionsplan (2017-2020). Europäische Union. Juli 2017.

- Die versuchsweise Einrichtung von überwachten Konsumeinrichtungen muss fortgeführt und bewertet werden, um deren Erfolg und Langfristigkeit zu gewährleisten. Städte, die solche Einrichtungen schaffen, müssen die Trägereinrichtungen bei der Begegnung und Absprache mit allen Partnern begleiten, einschließlich der Anwohner und Geschäftsleute. Die Unterstützung all dieser lokalen Akteure gewährleistet den öffentlichen Frieden und ermöglicht die Einbindung der Anwohner bei der Bewertung der Einflüsse auf ihr Umfeld.

..... **Für die kommenden Jahre setzen wir uns folgende Ziele:**

- Einführen und Stärken lokaler Strategien, die aus einer gemeinsamen Sicherheits- und Bedarfsanalyse mit allen Partnern hervorgehen, um Drogenmissbrauch effizient vorzubeugen, Beeinträchtigungen aufgrund des Drogenmissbrauchs zu verringern und den Handel und die damit zusammenhängende Kleinkriminalität zu bekämpfen;
- Einhalten der Mindest-Qualitätsnormen für Maßnahmen zur Verringerung der Drogennachfrage gemäß den Empfehlungen der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht, sowie Investitionen in die Evaluierung;
- Abbau von Stigmatisierung und Exklusion von Drogenkonsumenten in Übereinstimmung mit den Grundrechten.



Verantwortungsbewusstes Nachtleben

Ausgangslage:

- Die Nutzung öffentlicher Räume und die Bedürfnisse der Einwohner unterscheiden sich je nach Tages- oder Nachtzeit; potentielle Konflikte können auftreten, wodurch die Behörden sich oft durch Maßnahmen zur Sicherheit und Verringerung der Störungen und Risiken mit dem Bereich des Nachtlebens befassen;
- Die Städte erkennen an, wie wichtig es ist, das Nachtleben zu entwickeln und besser zu verwalten, um den Tourismus und die Attraktivität der Region zu fördern und auch besser auf die Erwartungen der Bürger einzugehen, von denen viele versetzte Arbeitszeiten haben;
- Viele europäische Städte sind sich der Wichtigkeit dieses Bereichs bewusst und entwickeln im Rahmen ihrer lokalen Strategien eine eigenständige Politik zum Thema Nachtleben mit eigenen, spezifischen Netzwerken sowie konsultativen und partizipativen Methoden.

Vor diesem Hintergrund empfehlen wir, die lokalen Behörden Europas:

- die betroffenen Interessengruppen in eine Diagnose der spezifischen Herausforderungen mit einzubeziehen, um eine gemeinsame und prospektive Sicht auf das Nachtleben zu entwickeln, aber auch in die Entscheidungsprozesse;
- den Ausbau eines Ansatzes, der die verschiedenen Handlungsfelder verbindet und das Zusammenspiel zwischen stadtinternen Diensten, Freiwilligensektor, Einwohnern und Privatsektor (Nachtklubs, Transportunternehmen etc.) organisiert;
- öffentliche Maßnahmen zur Minimierung von Risiken im Bereich der öffentlichen Sicherheit und der öffentlichen Gesundheit langfristig umzusetzen;
- Räume zum Feiern, der Geselligkeit und für Freizeitaktivitäten auch in peripheren Bereichen der Stadt einzurichten, damit diese auch von den nächtlichen Aktivitäten und Angeboten profitieren und so der potentiellen Isolierung von Stadtvierteln entgegen zu wirken;
- zusätzlich zu den regulatorischen und gesetzlichen Maßnahmen Konflikte zwischen Nutzern durch Sensibilisierungs- und Mediationsmaßnahmen anzugehen, die von geschulten (professionellen oder freiwilligen) Personen durchgeführt werden;
- dass lokale Entscheidungsträger die Besonderheiten des Nachtlebens bei der Konzeption städtischer Anlagen und der Umsetzung mit ihnen in Zusammenhang stehender Dienste berücksichtigen. Sie werden nachts anders genutzt und mit Leben gefüllt. In diesem Sinne ist das Geschlechterthema ein Schlüsselaspekt der Anstrengungen zur Förderung inklusiver und egalitärer öffentlicher Räume.

..... **Für die kommenden Jahre setzen wir uns folgende Ziele:**

- Mobilisierung und Koordination der öffentlichen und privaten Akteure und operativen Dienste (öffentliches Gesundheitswesen, Sicherheit, Stadtplanung, öffentlicher Personennahverkehr...) und der Zivilgesellschaft, um auf präventive, sektorübergreifende und partnerschaftliche Weise konkrete Antworten auf die spezifischen Herausforderungen des Nachtlebens zu geben;
- Anbieten von Koordination, Dialog und Impulsen als demokratisch gewählte lokale Behörde zur Gewährleistung der Sicherheit bei Tag und bei Nacht;
- Fördern gemeinsamer Grundsätze zum Nachtleben auf europäischer Ebene, die auf die Umsetzung detaillierter und integrierter Strategien abzielen, die die Sicherheits- und Gesundheitsprobleme ansprechen, die sich aus den Besonderheiten des Nachtlebens ergeben;
- Einsetzung von Organismen zur Rücksprache und gemeinsamen Konstruktion der Politik zum Nachtleben, die regelmäßig eine spezifische Diagnose des Nachtlebens durchführen;
- Berücksichtigung der Vielfalt der nachts anwesenden Gruppen (Frauen und LGBT, umherziehende und obdachlose Menschen, Nachtarbeiter, Touristen, Einwohner der Vorstädte);
- Weiterentwicklung der regulatorischen und gesetzlichen Maßnahmen sowie der Regulierungs- und Kontrollwerkzeuge.



Bezugstexte

- Fundamental Rights Report, Agentur der Europäischen Union für Grundrechte, 2017
- Erklärung der Allianz europäischer Städte gegen gewalttätigen Extremismus, Erklärung von Barcelona, November 2017, Barcelona
- Neue urbane Agenda, Vereinte Nationen, 2016
- Erklärung der Allianz europäischer Städte gegen gewalttätigen Extremismus, Erklärung von Rotterdam, November 2016, Rotterdam
- UN-Nachhaltigkeitsziele 2030, Vereinte Nationen, 2015
- Urbane Agenda für die Europäische Union, 2015
- Europäische Sicherheitsagenda, Europäische Union, 2015
- Erklärung der Allianz europäischer Städte gegen gewalttätigen Extremismus, „Für eine Allianz europäischer Städte gegen den gewalttätigen Extremismus“, Konferenz der lokalen Behörden über die Prävention der zum gewalttätigen Extremismus führenden Radikalisierung, 2015, Aarhus
- Erklärung von Delhi über die Sicherheit der Frauen „Aufbau inklusiver Städte und Gemeinschaften“, Women in Cities International, November 2010, Delhi
- Manifest Sicherheit, Demokratie und Städte, Efus, Aubervilliers und Saint-Denis, 2012
- Erklärung Demokratie, Städte und Drogen, Efus, 2011, Wien
- Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt, Mai 2007, Leipzig
- Urbane Sicherheit in Europa - Empfehlung 197 des Kongresses der Gemeinden und Regionen, Europarat, 2006
- Manifest Sicherheit, Demokratie und Städte, Efus, 2006, Saragossa

- Aalborg-Charta zur Zukunftsbeständigkeit, Vereinte Nationen, 1994 und 2004, Aalborg
- Leitlinien der UNO zur Kriminalitätsprävention, Vereinte Nationen, 2002
- Kriminalität und urbane Unsicherheit in Europa: Die Rolle der Gemeinden - Resolution 99, Kongress der Gemeinden und Regionen, Europarat, 2000
- Manifest Sicherheit, Demokratie und Städte, Efus, Neapel, 2000
- Europäische Charta für den Schutz der Menschenrechte in der Stadt, Mai 2000, Saint-Denis
- Europäische urbane Charta, Kongress der Gemeinden und Regionen, 1992



Städte Helfen Städten



European
Forum *for*
Urban
Security

Das 1987 unter der Schirmherrschaft des Europarates gegründete European Forum for Urban Security (abgekürzt Efus) ist die älteste internationale regierungsunabhängige Vereinigung von Gebietskörperschaften, die sich für Sicherheit in Städten und Verbrechensbekämpfung einsetzen. Ziel unseres Netzwerks ist die Stärkung der politischen Maßnahmen im Bereich der Kriminalitätsprävention und die Unterstützung der Lokalpolitiker auf nationaler und europäischer Ebene.

Efus befasst sich mit allen Themen im Zusammenhang mit Sicherheit in Städten und stellt Kontakte zwischen europäischen Kommunen und Regionen im Rahmen des Austausches über Methoden und Kenntnisse, Kooperation und Schulung her. Das Forum dient ferner als Bindeglied zwischen den Kommunen auf der lokalen und den Institutionen auf der nationalen, europäischen und internationalen Ebene.

Geleitet wird es durch ein Exekutivkomitee der Gebietskörperschaften, die von den Mitgliedern der Organisation gewählt wurden (250 Städte und Regionen). Es diente als Vorlage für die Errichtung von sechs nationalen Foren in Deutschland, Belgien, Frankreich, Italien, Spanien und Portugal.

www.efus.eu

Organisation der internationalen Konferenz „Sicherheit, Demokratie und Städte: Zur Ko-Produktion von Politiken der urbanen Sicherheit“ am 15., 16. und 17. November 2017 in Zusammenarbeit mit der Stadt Barcelona und der Regierung von Katalonien.



Generalitat
de Catalunya

Übersetzung: MM International Communication

Layout: Marie Aumont

Druck: Cloître Imprimeurs, Saint-Thonan (Frankreich)

ISBN: 978 2 913181 71 7

Hinterlegung des Pflichtexemplars: März 2018

Herausgeber:

European Forum for Urban Security

10 rue des Montiboeufs

75020 Paris - France

contact@efus.eu

www.efus.eu

